

Antrag der Fraktion der CDU

Schluss mit der ideologischen Waffenlücke – Distanz-Elektroimpulsgeräte jetzt landesweit einführen!

Die Sicherheitslage im öffentlichen Raum hat sich bundesweit spürbar verschärft. Gewalttaten gegen Polizeikräfte nehmen stetig zu, ein Befund, der auch in Bremen durch die Polizeiliche Kriminalstatistik bestätigt wird. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr im Schnitt täglich 305 Polizistinnen und Polizisten Opfer von Straftaten. Die Polizeigewerkschaften fordern daher seit Jahren, alle Streifenpolizisten mit einem Einsatzmittel auszustatten, das zwischen Schlagstock und Schusswaffe vermittelt: dem Distanz-Elektroimpulsgerät (DEIG), auch bekannt als „Taser“.

Ein zweijähriger Testlauf in Bremerhaven hat gezeigt, dass bereits die Androhung eines Taser-Einsatzes zu einer Deeskalation führt. Der Abschlussbericht belegte die Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit dieses Einsatzmittels. In Bundesländern wie Rheinland-Pfalz wurde der Testlauf zum Vorbild für eine landesweite Ausstattung aller Streifenwagen mit Tasern. Der Einsatz bei Spezialeinheiten in Bremen hat sich ebenfalls längst bewährt. Nachdem die CDU-Fraktion bereits vorgeschlagen hat, die Stelle der Polizeibeauftragten im Land Bremen zu streichen, weil der Bedarf nicht gesehen wird, könnten dabei 207.000€ im Jahr eingespart werden. Von diesem Geld könnten die Geräte sowie die Ausbildung daran finanziert werden.

Auch auf Bundesebene erkennt man die Zeichen der Zeit: Bundesinnenminister Alexander Dobrindt kündigte am 8. Juni 2025 an, die Bundespolizei flächendeckend mit Tasern auszurüsten, um auf die gestiegene Bedrohungslage im öffentlichen Raum zu reagieren. Die rechtlichen Grundlagen und finanziellen Mittel sollen noch in diesem Jahr bereitgestellt werden. Besonders in Situationen mit Angriffen durch Stichwaffen könnten Polizistinnen und Polizisten effektiver reagieren und sich selbst besser schützen.

Dabei steht der Taser für Verhältnismäßigkeit und Schutz: Er ist nicht tödlich, senkt das Risiko schwerer Verletzungen bei Einsatzkräften und Betroffenen und trägt entscheidend zur Deeskalation bei. Die Kritik, etwa bezüglich gesundheitlicher Risiken bei Vorerkrankungen, ist ernst zu nehmen, kann jedoch durch umfassende Schulung, klare Einsatzrichtlinien und medizinische Begleitung begegnet werden. Zudem würde als Alternative eben immer die Schusswaffe eingesetzt werden müssen.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den gesamten Polizeivollzugsdienst in Bremen und Bremerhaven flächendeckend mit Distanz-Elektroimpulsgeräten (umgangssprachlich Taser) auszustatten;

2. die notwendige rechtliche Grundlage und Einsatzrichtlinien zu schaffen, welche eine verantwortungsvolle, verhältnismäßige und transparente Anwendung der Geräte sicherstellen;

3, eine umfassende theoretische und praktische Schulung aller potenziellen Anwender sicherzustellen;

4. nach zwei Jahren eine ausführliche Evaluation der Anwendungspraxis, Erfolgsbilanz, Risikofaktoren und Auswirkungen auf die Einsatzstatistik vorzulegen und der Deputation für Inneres zu berichten;

5. zur Finanzierung der neu anzuschaffenden Distanz-Elektroimpulsgeräte die Stelle der Polizeibeauftragten im Land Bremen abzuschaffen.

Marco Lübke, Christine Schnittker, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU